



Vorsichtige Offenheit im Bereich digitale Partizipation

Schlussbericht

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Cloé Jans: Projektleiterin

Thomas Burgunder: Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Bern, 30.03.2020

Sperrfrist bis zum Publikationszeitpunkt (noch festzulegen)

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY	4
2	AUSGANGSLAGE	5
2.1	Grundeinstellungen	6
3	DIGITALISIERUNG DER POLITIK	10
3.1	Nutzung Möglichkeiten der Digitalisierung	10
3.2	Aussagen zur Digitalisierung	13
3.3	Vertrauen in Möglichkeiten politischer Mitbestimmung	15
4	HALTUNGEN ZU E-VOTING UND E-COLLECTING	17
4.1	E-Voting	17
4.2	E-Collecting.....	20
4.3	Multivariate Analyse	23
5	POLITISCHE MITBESTIMMUNG IN DER ZUKUNFT	24
6	SYNTHESE.....	26
7	ANHANG	28
7.1	Mandat und Fragestellung	28
7.2	gfs.bern-Team	29

1 Management Summary



WOHLWOLLEN-
DES KLIMA

Die Stimmberechtigten des Kantons Basel Stadt interessieren sich mehrheitlich für politische Fragen, aber auch für Alltagsauswirkungen von technologischen Entwicklungen. In Bezug auf Digitalisierung werden die Vorteile sichtbar stärker gestellt, als die Nachteile, wenn auch ein namhafter Anteil Überforderung sichtbar ist. Damit herrscht in der Stimmberechtigenschaft ein grundsätzlich wohlwollendes Klima für technologische Entwicklungen im politischen Bereich.



PIONIERROLLE
DES KANTONS
BEI DIGITALISIE-
RUNG IN POLI-
TIK BEGRÜSST

Auf dieser wohlwollenden Basis werden Digitalisierungsentwicklungen in der Politik beurteilt: So verspricht sich die Bevölkerung des Kantons durch die Digitalisierung der Politik primär Kostenersparnisse und Effizienz und man ist durchaus offen für eine Pionierrolle des Kantons in diesen Fragen. Sicherheitsbedenken (Manipulation, Überwachung) sind aber breit vorhanden und prägen das Bild mit. Wie bei technologischen Entwicklungen nicht unüblich, zeigen sich deutliche Unterschiede entlang des Alters: Exemplarisch sprechen sich bei E-Voting im Personen Kreis 39-jährig und jünger Mehrheiten dafür aus, während bei über 65-jährigen die Zustimmung minderheitlich ist.



E-VOTING UND
E-COLLECTING
MEHRHEITLICH
GEWÜNSCHT

Eine Mehrheit der Basel-Städter*innen kann sich zum jetzigen Zeitpunkt die Einführung von E-Voting oder E-Collecting im Kanton vorstellen. Dabei werden vor allem Effizienzgewinne erwartet. Auf der anderen Seite sprechen sich minderheitliche, aber durchaus namhafte Gruppen dagegen aus und begründen dies hauptsächlich mit Sicherheitsbedenken und nebensächlich mit Aspekten der individuellen Überforderung.

2 Ausgangslage

Der sich rapide vollziehende technologische Wandel bringt für alle Bereiche des Lebens neue Chancen aber auch Herausforderungen mit sich. Die sich ergebenden Veränderungen betreffen jede Person einzeln genauso wie sie auf die gesamte Gesellschaft einen Einfluss haben. Das Internet und die Digitalisierung öffnen auch neue Wege, wenn es um die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Partizipation im demokratischen Prozess geht.

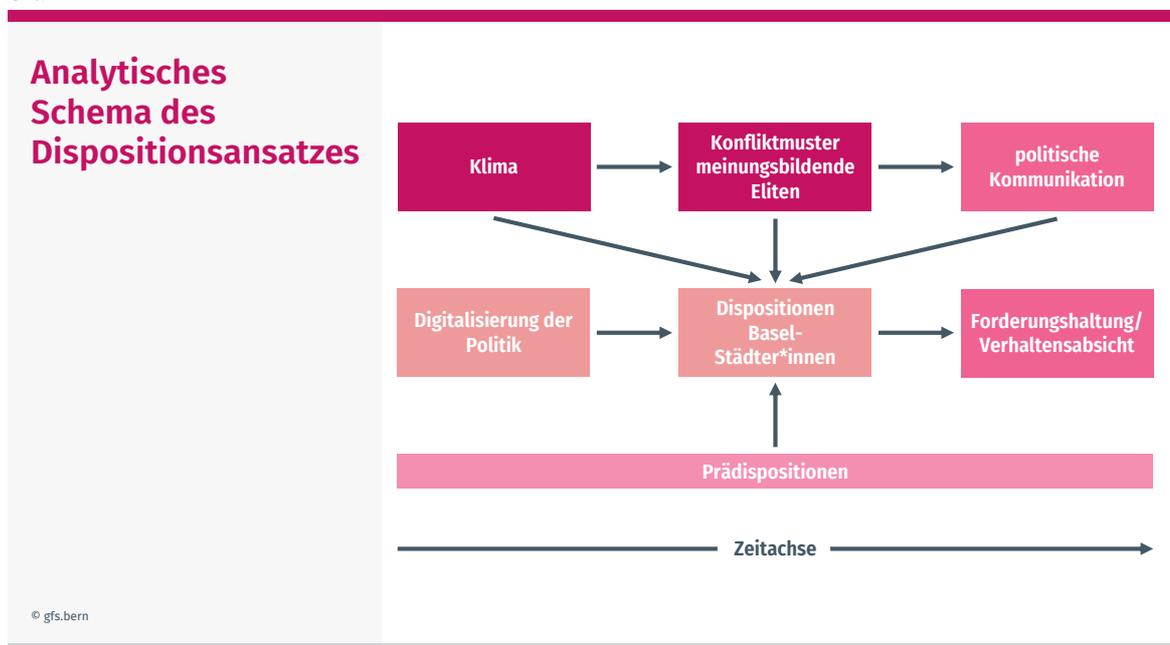


Die Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt will diesen Prozess im Dialog mit der Bevölkerung angehen, um so gemeinsam herauszufinden, wie die politische Mitbestimmung der Zukunft aussehen wird.

Der vorliegende Schlussbericht basiert auf einer Befragung von 1000 Basel-Städter*innen ab 16 Jahren mit einem Schweizer Pass. Das Ziel der Befragung war es, eine Diskussionsgrundlage über Bedürfnisse, die digitale Bereitschaft und Zukunftsvisionen der Bevölkerung in Basel-Stadt zu schaffen. Auf Basis der Ergebnisse der so geführten Debatte möchte der Kanton dann Leitplanken zur Einführung digitaler Instrumente zur politischen Mitbestimmung erarbeiten.

Zur Konzeption der Studie und der Einordnung Resultate der Befragung orientiert sich gfs.bern am sogenannten Dispositionsansatz, den wir speziell für die Analyse der politischen Meinungsbildung von Stimmberechtigten entwickelt und in den letzten 20 Jahren verfeinert haben.

Grafik 1



Dem Dispositionsansatz zu Grunde liegend ist die These, dass Einstellungen nicht ein für alle Mal feststehen, sondern in einem gewissen Masse variabel sind. Wie sie ausfallen ist abhängig von Faktoren wie dem Thema (hier die Digitalisierung der Politik), dem Konfliktmuster in der meinungsbildenden Elite, dem gesamtgesellschaftlichen Diskurs

zu diesem Thema (z.B. Datenschutz bei E-Voting) oder auch den individuellen Prädispositionen. Unter Prädispositionen sind die persönlichen Erfahrungen und Merkmale einer Person, deren sozioökonomischer Hintergrund sowie Werthaltungen gemeint. Diese sogenannten Prädispositionen sind äusserst beständig und bilden einen dauerhaften Rahmen für die Beurteilung der (öffentlichen) Diskussion rund um politische Themen oder auch für die Bereitschaft zur Teilnahme am politischen Prozess.

2.1 Grundeinstellungen

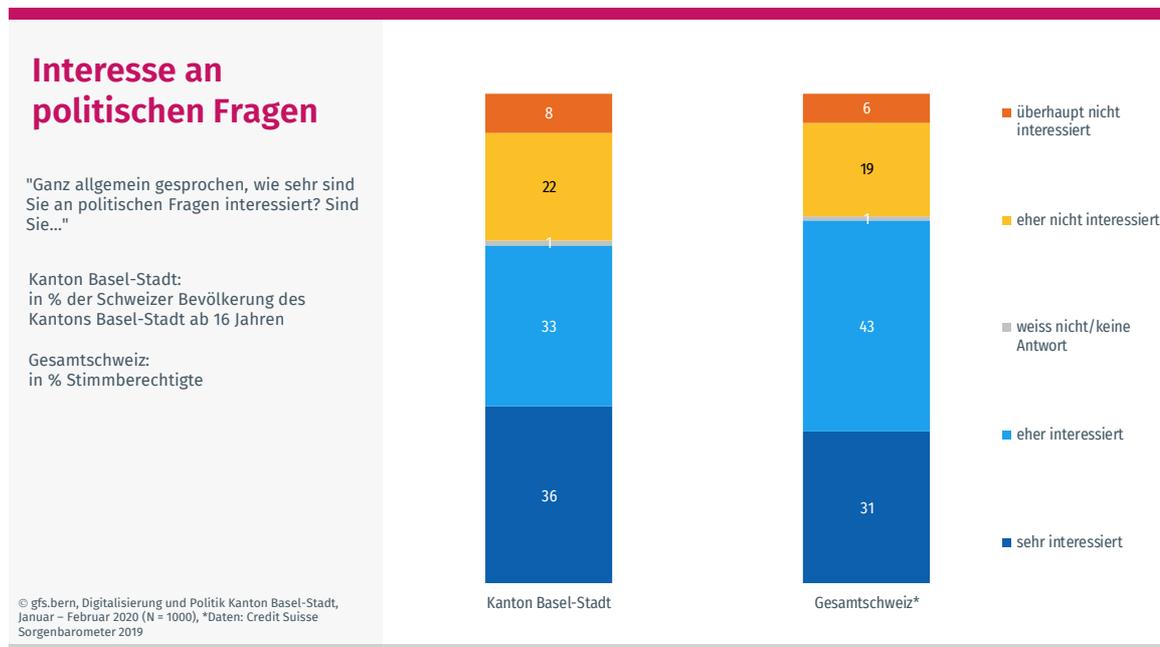
Zu den Prädispositionen (siehe Erläuterung im Abschnitt oben), welche die Einstellung und Meinungsbildung einer jeden Person im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Politik mitprägen, gehört auch das grundlegende Interesse an politischen Fragen. Personen, die sich für Politik interessieren, so die Annahme, beteiligen sich auch eher am demokratischen Entscheidungsprozess und sind dementsprechend auch leichter für eine Debatte über die Zukunft des Prozesses zu begeistern.

Im Kanton Basel-Stadt gibt eine Mehrheit von 69 Prozent der dort wohnhaften Schweizer Bevölkerung ab 16 Jahren an, sich für Politik zu interessieren, wobei 36 Prozent besonders stark interessiert sind.¹ Als (eher) weniger interessiert bezeichnen sich dagegen 30 Prozent.



Das Interesse an politischen Fragen im Kanton Basel-Stadt ist somit ähnlich hoch wie auch in der Gesamtschweiz.² Der Anteil Personen, der sich sehr für Politik interessiert, liegt in Basel-Stadt über dem Wert der Gesamtschweiz, dafür ist national der Anteil höher, der sich eher interessiert.

Grafik 2

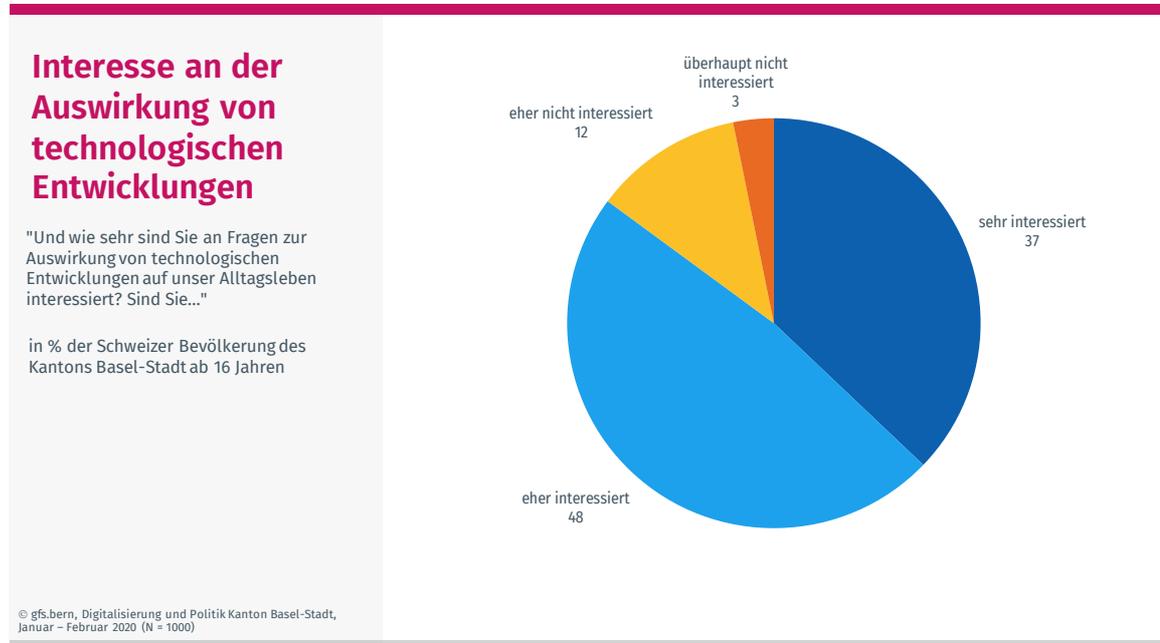


¹ Befragt wurden alle Einwohner*innen des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren. Der Leserlichkeit halber wird im weiteren Bericht jeweils einfach auf die "Bevölkerung des Kanton Basel-Stadt" oder "Basel-Städter*innen" Bezug genommen.

² Daten Gesamtschweiz: Credit Suisse Sorgenbarometer 2019

Neben dem Interesse an Politik ist auch ein Grundinteresse am technologischen Wandel wichtig für die Meinungsbildung zur Digitalisierung der Politik. Eine Mehrheit der Basel-Städter*innen gibt auch hier an, sich mindestens eher für die Auswirkungen technologischer Entwicklungen auf den Alltag zu interessieren und somit mindestens über eine gewisse Affinität zum Thema Digitalisierung zu verfügen.

Grafik 3

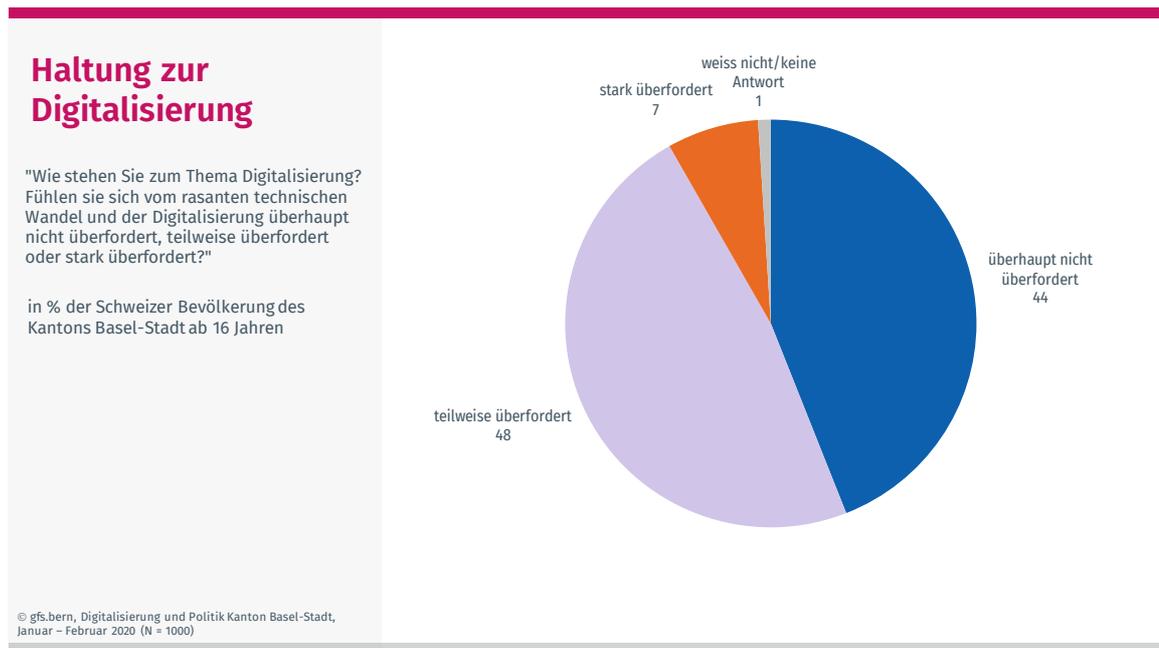


Das Thema der Digitalisierung ist aber bei rund der Hälfte der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt auch mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Zwar gibt nur ein kleiner Teil der Befragten an, mit der Digitalisierung stark überfordert zu sein (7%), fast die Hälfte (48%) ist jedoch mindestens teilweise überfordert. Überhaupt kein Problem mit den Herausforderungen der Digitalisierung haben dagegen 44 Prozent.



Wenig überraschend sind die Unsicherheiten, die mit der Digitalisierung einhergehen, nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen vorhanden. Während die sogenannten Digital Natives (16 bis 39 Jahre) zu 69 Prozent angeben, überhaupt nicht überfordert zu sein, ist das bei Pensionär*innen (65 Jahre oder älter) lediglich bei 22 Prozent der Fall. Frauen sind zudem eher stark oder teilweise überfordert im Vergleich zu Männern (64% vs. 45%).

Grafik 4



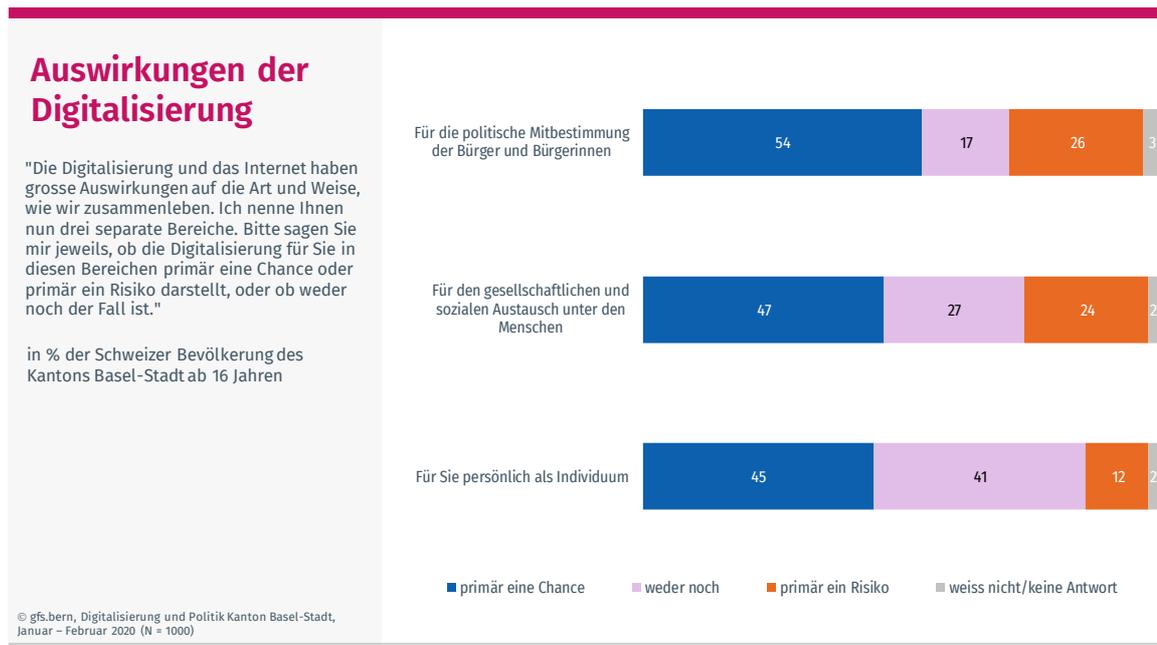
Trotz gewisser Vorbehalte im Zusammenhang mit der Auswirkung der Digitalisierung überwiegt in der kollektiven Chancen-Risiko-Analyse der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt in der Tendenz die Vorteilssicht: Gerade, wenn es um die politische Mitbestimmung der Bürger*innen geht, sieht eine Mehrheit von 54 Prozent der Befragten in der Digitalisierung primär eine Chance. Der Anteil, der im Zusammenhang mit der politischen Mitbestimmung in erster Linie ein Risiko sieht, ist mit 26 Prozent nur gerade mal halb so gross. Mit Hinblick auf die Auswirkung auf den gesellschaftlichen und sozialen Austausch unter den Menschen stehen dann noch für 47 Prozent die Chancen im Vordergrund, während die Risiko-Sicht bei 24 Prozent überwiegt.

Im Vergleich über alle drei abgefragten Bereiche fällt die Einschätzung über die Auswirkung der Digitalisierung für die persönliche Situation am wenigsten positiv aus. Zwar ist auch hier der Anteil Basel-Städter*innen, der eine Chance sieht, deutlich grösser als der Anteil Personen, für die das Risiko im Vordergrund steht (45% vs. 12%). Es fällt aber auf, dass besonders viele Befragte (noch) keine gerichtete Meinung haben und sich weder auf eine Chancen- noch eine Risiko-Sicht festlegen wollen.



Es scheint somit, als wäre die Meinungsbildung bezüglich der Auswirkung der Digitalisierung auf einer gesellschaftlichen Ebene weiter fortgeschritten, als dass dies mit Bezug auf die alltägliche, individuelle Lebenswelt der Fall ist.

Grafik 5



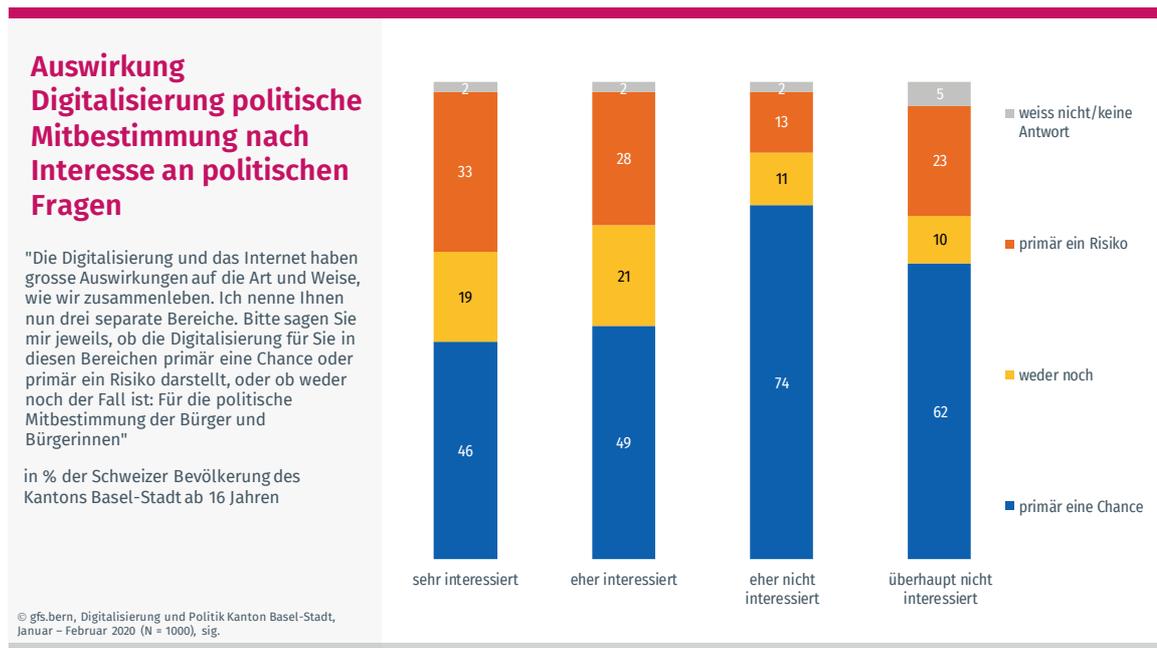
Je jünger eine Person ist, desto eher sieht sie die Digitalisierung auch als Chance für die politische Mitbestimmung der Bürger*innen: Personen bis 39 Jahre geben zu 76 Prozent an, eine Chance zu sehen, Personen zwischen 40 und 64 Jahren zu 47 Prozent und alle, die älter sind, dann noch zu 39 Prozent.



Ebenfalls eine signifikante Rolle spielt die empfundene Parteizugehörigkeit einer Person. Der Anteil Befragter, der die Digitalisierung primär als Chance für die politische Mitbestimmung sieht, unterscheidet sich nach Parteizugehörigkeit wie folgt: Grüne 49 Prozent, SP 54 Prozent, CVP 38 Prozent, FDP/LDP 71 Prozent und SVP 67 Prozent. Bei den Parteiungebundenen ist der Anteil mit 25 Prozent am geringsten. Dort überwiegt die Risikosicht: 46 Prozent sehen in der Digitalisierung primär ein Risiko für die politische Mitbestimmung.

Grafik 6 unten zeigt zudem: Personen, die eher nicht oder überhaupt nicht an politischen Fragen interessiert sind, sehen in den Möglichkeiten der Digitalisierung deutlich eher Chancen für die politische Mitbestimmung als Personen, die sich für Politik interessieren. Vergleicht man diesen Befund mit den Beobachtungen oben nach Parteizugehörigkeit zeigt das auch: Politisches Interesse geht nicht zwingend mit einer klaren Parteizugehörigkeit einher. Das ist passend zu einer Zeit, in der die grossen Volksparteien zunehmend unter Druck geraten und lose organisierte politische Bewegungen wichtiger werden.

Grafik 6



3 Digitalisierung der Politik

3.1 Nutzung Möglichkeiten der Digitalisierung

Während die Möglichkeiten des Internets in bestimmten Bereichen des Lebens bereits selbstverständlich sind, ist die Vorstellung, digitale Plattformen und Instrumente zu nutzen in anderen Fällen weiterhin nur für Minderheiten denkbar. Es sind administrative-organisatorische Tätigkeiten (E-Banking, Steuererklärung ausfüllen, Dokumente bestellen), die bis heute am ehesten bereits online erledigt werden – oder in Zukunft per Internet erledigt werden möchten.

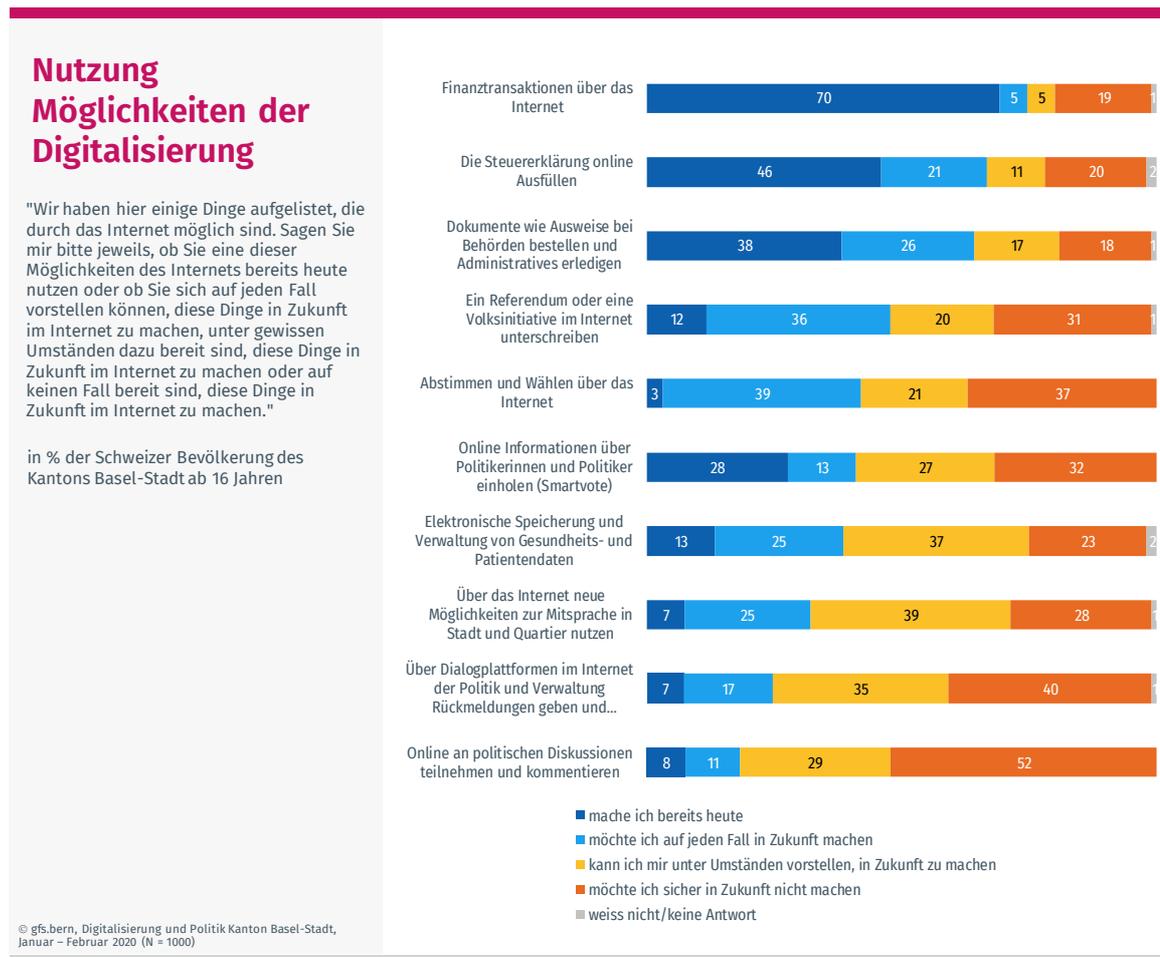
Bis heute geben 12 Prozent der Basel-Städter*innen an, bereits heute im Internet Referenden oder Volksinitiativen zu unterschreiben. Weitere 56 Prozent können sich das auf jeden Fall oder unter bestimmten Umständen in Zukunft ebenfalls vorstellen. Auch wenn es um das Abstimmen und Wählen über das Internet geht, signalisiert eine Mehrheit der Bevölkerung Offenheit – sofern denn die Umstände stimmen. Mit 37 Prozent ist aber auch der Anteil Befragter, der sich Wählen und Abstimmen im Internet gar nicht vorstellen kann, nicht zu vernachlässigen. Bereits heute holt sich ein Drittel der Basel-Städter*innen online Informationen über Politiker*innen und weitere 40 Prozent können sich das in Zukunft vorstellen.

Neben der Digitalisierung der Politik sind in der Schweiz aktuell auch Bestrebungen zur Digitalisierung des Gesundheitswesens ersichtlich (Stichwort E-Health und Elektronisches Patientendossier). Wie bei politischen Daten handelt es sich bei Gesundheitsdaten um besonders sensitive und schützenswerte Angaben. Die Wahrung von Stimmgeheimnis wie auch Arztgeheimnis muss garantiert sein. Heute gibt 13 Prozent der Bevölkerung

des Kantons Basel-Stadt an, bereits gewisse Gesundheitsdaten elektronisch zu speichern, weitere 25 Prozent möchten das in Zukunft auf jeden Fall machen und 37 Prozent können sich das unter Umständen vorstellen.

Eine Grundsätzliche Bereitschaft zur Nutzung digitaler Möglichkeiten ist auch im Bereich der Mitsprache im Quartier (71%) sowie im Zusammenhang mit Dialogplattformen für den Austausch mit Politik und Behörden zu beobachten (59%). Im Vergleich zu den restlichen abgefragten Nutzungsmöglichkeiten sind die Basel-Städter*innen am wenigsten geneigt, online an politischen Diskussionen teilzunehmen.

Grafik 7



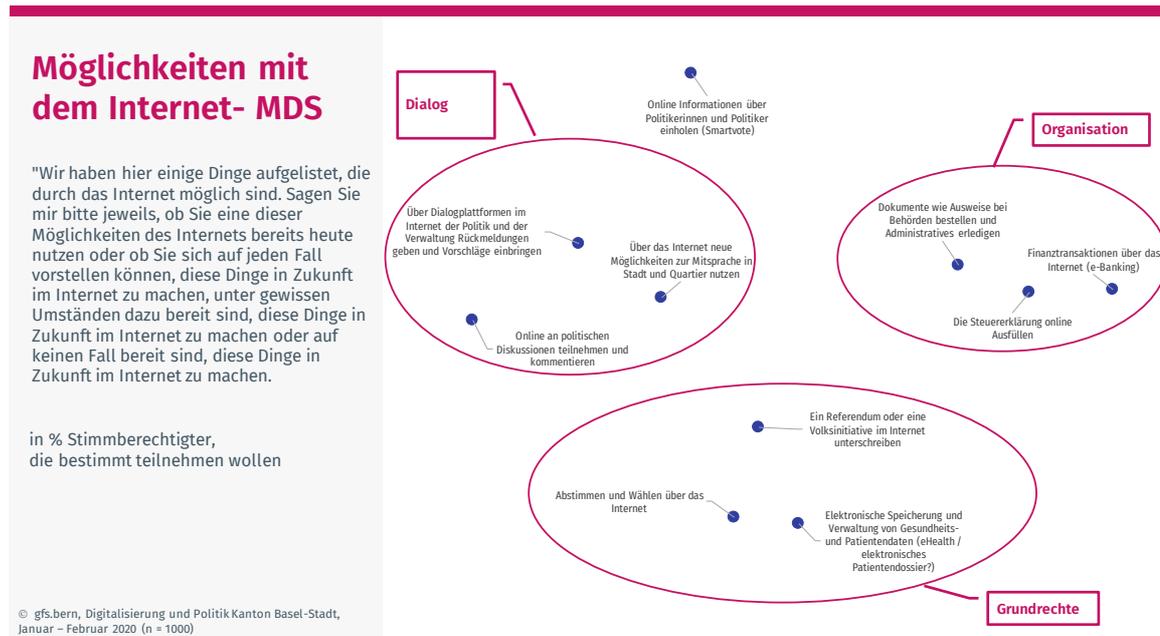
Neben der rein deskriptiven Darstellung von prozentualen Anteilen kann die Einschätzung einzelner Nutzungsmöglichkeiten der Digitalisierung mittels multivariater Verfahren vertieft werden. Das Verfahren der multidimensionalen Skalierung untersucht die Verwandtschaft abgefragter Items (hier der Nutzungsmöglichkeiten) untereinander. Konkret werden die Antworten aller Befragter zu allen Nutzungsmöglichkeiten verglichen, um so Muster zu identifizieren. Diese Muster lassen sich visuell darstellen, wobei Nutzungsmöglichkeiten, bei denen die Antwortmuster der Befragten ähnlich sind, als Punkte in einem (zweidimensionalen) Diagramm erscheinen, die nahe beieinanderliegen. Demgegenüber erscheinen Punkte, die Nutzungsmöglichkeiten ohne gemeinsame Muster symbolisieren, weit auseinander. Der Vorteil dieses Vorgehens besteht darin, rasch statistisch verwandte und unverwandte Indikatoren bestimmen zu können, ohne dass aber die Gründe für die Verwandtschaft von allein und intuitiv ersichtlich würden.

Eingesetzt wird diese Methode, um sich einen raschen Überblick über einzelne Elemente zu verschaffen, die aufgrund ihrer Beurteilungen durch die Basel-Städter*innen verwandt sind.

So lassen sich aus den zehn abgefragten Nutzungsmöglichkeiten **DREI VERSCHIEDENE GRUPPEN** identifizieren:

- Zum einen sind das **DIALOGISCHE INSTRUMENTE** wie Plattformen, die für den Diskurs mit Politik, Behörden und oder Quartier und Gemeinde genutzt werden können.
- Eine zweite Gruppe bilden Instrumente, die vor allem der **ORGANISATION** dienen – konkret handelt es sich um E-Banking, Online-Steuererklärungen oder administrativer Austausch mit Behörden.
- Die dritte Gruppe vereint in sich Nutzungsmöglichkeiten, welche die **GRUNDRECHTE** der Bevölkerung betreffen: die politische Teilhabe sowie die gesundheitliche Grundversorgung.
- Zu keiner dieser drei Gruppen zugehörig ist die Nutzung des Internets für die Informationsgewinnung über Politiker*innen (Smartvote).

Grafik 8



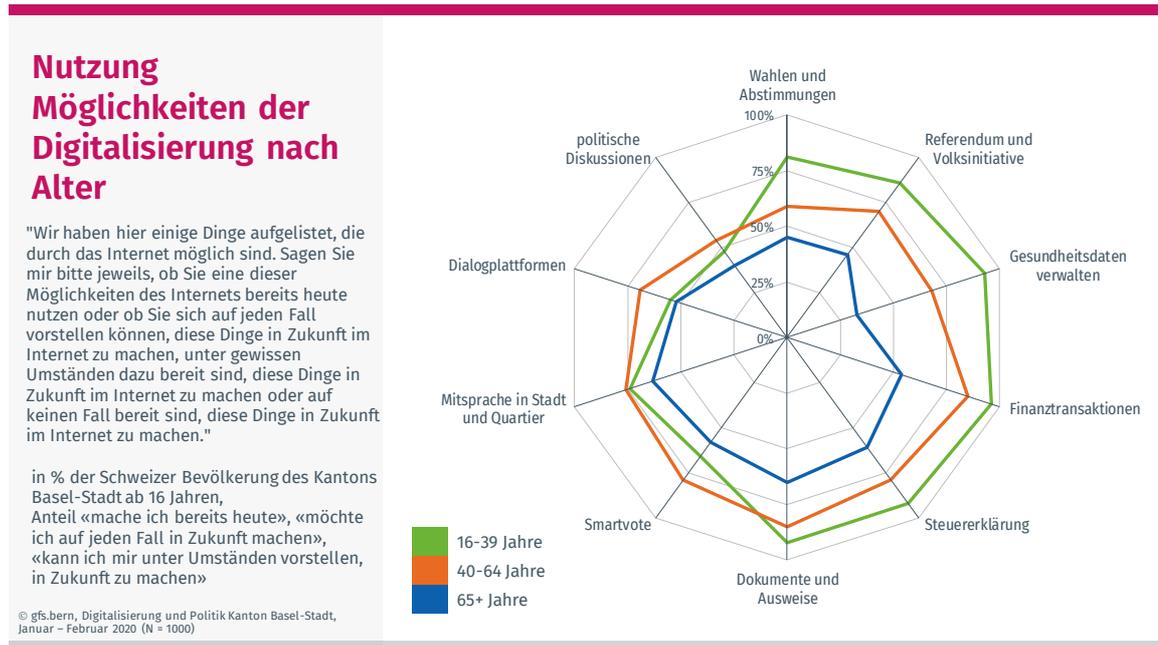
Legende: Die multidimensionale Skalierung ordnet Objekte im mehrdimensionalen Raum so an, dass die Distanzen zwischen den Objekten die Ähnlichkeiten resp. Verschiedenheit möglichst gut wiedergibt. Je weiter die Objekte voneinander entfernt sind, desto unähnlicher sind sie und je näher sie beieinander sind, desto ähnlicher sind sie. Das Ergebnis wird der Einfachheit halber im zweidimensionalen Raum dargestellt.

Zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen herrschen zuweilen grosse Unterschiede bezüglich der Offenheit der Nutzung verschiedener Möglichkeiten der Digitalisierung. Wenn es um die oben definierte Gruppe der Grundrechte (Wählen/Abstimmen, Referenden/Petitionen unterschreiben, Gesundheitsdaten verwalten) geht, sind die Basel-Städter*innen der jüngsten Kohorte am ehesten zu einer Nutzung bereit – die Bereitschaft der restlichen Bürger*innen nimmt dann mit zunehmendem Alter ab. Dasselbe gilt für die Gruppe der Organisations-Instrumente (Finanztransaktionen, Steuererklärung, Smartvote).

Bei der Gruppe der Dialog-Instrumente, wie auch bei Informationsmöglichkeiten wie Smartvote, liegt die Bereitschaft der Jüngsten dann unter der Gruppe der mittleren Alterskohorte der 40 bis 64-Jährigen. Dieser Unterschied dürfte auch damit erklärt werden, dass die politische Partizipation der jüngeren Generationen grundsätzlich unter jener von älteren Stimmberechtigten liegt: Auf die gesamte Schweiz gesehen ist der Medi-anwähler 57 Jahre alt.

Die älteste Kohorte der über 65-Jährigen ist eher dazu geneigt am politischen Prozess teilzunehmen als die Jüngsten. Hier dürfte daher eher Skepsis gegenüber technologischen Neuerungen der Grund für die tiefe Nutzungsbereitschaft sein.

Grafik 9



3.2 Aussagen zur Digitalisierung

Auch die Zustimmung zu einzelnen Aussagen im Bereich der Digitalisierung der Politik zeigt eine gewisse Ambivalenz der Basel-Städter*innen. Eine klare Mehrheit der Bevölkerung geht zwar davon aus, dass sich durch die Digitalisierung der Politik in Zukunft Kosten sparen und Effizienz gewinnen lassen (66% sehr/eher einverstanden). Die Mehrheit (56% sehr/eher einverstanden) ist aber ebenso der Meinung, dass Wahlen und Abstimmungen per Internet anfälliger für Fehler oder Manipulationen sind, als die herkömmlichen Möglichkeiten der politischen Partizipation. Ebenfalls mehrheitlich begrüßen die Basel-Städter*innen die Idee, dass der Kanton in der Schweiz eine Vorreiterrolle bei der Nutzung des Internets für die Partizipation einnehmen soll (53% Anteil sehr/eher einverstanden).

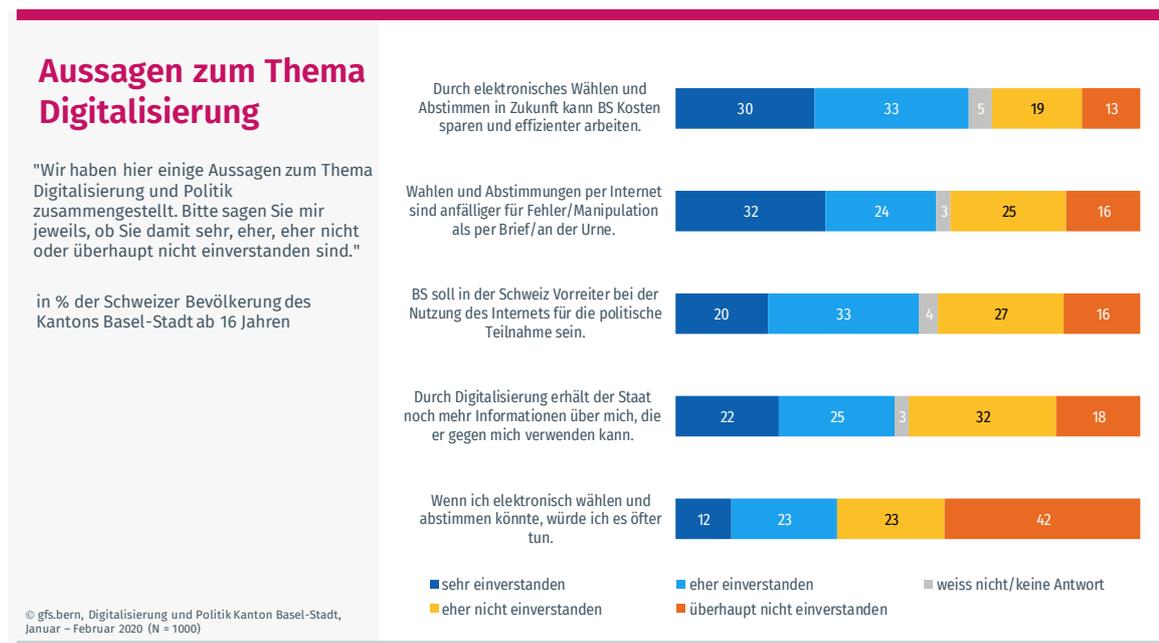
Die Sorge, dass die Behörden durch die Digitalisierung der Politik die Möglichkeit zur Überwachung der Bürger*innen erhalten, spaltet die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt. 47 Prozent der Befragten sind sehr oder eher einverstanden mit dieser Aussage, während sich 50 Prozent sehr oder eher klar dagegen aussprechen. Rund jede*r dritte

befragte Basel-Städter*in würde von sich sagen, dass sie oder er eher an Wahlen oder Abstimmungen teilnehmen würde, wenn dies in digitaler Form getan werden könnte. Eine klare Mehrheit ist dagegen (eher) nicht dieser Meinung.



Zusammengefasst verspricht sich die Bevölkerung des Kantons durch die Digitalisierung der Politik primär Kostenersparnisse und Effizienz und man ist durchaus offen für eine Pionierrolle des Kantons in diesen Fragen. Sicherheitsbedenken (Manipulation, Überwachung) sind aber breit vorhanden und einen effektiven Einfluss auf die politische Partizipation sehen nur die wenigsten.

Grafik 10



Nach Alter betrachtet ergeben sich in der Zustimmung zu den abgefragten Aussagen zuweilen grosse Unterschiede.

Die jüngsten Basel-Städter*innen bis 39 Jahre glauben im besonderen Ausmass, dass eine Digitalisierung des Wahl- und Abstimmungsprozesses in Zukunft Kostenersparnisse mit sich bringen würde. Es sind auch die jüngsten Befragten, welche am deutlichsten der Meinung sind, der Kanton solle in der Schweiz eine Vorreiterrolle einnehmen. Skepsis und Misstrauen bezüglich Manipulations- oder Überwachungsmöglichkeiten sind dagegen nur klar minderheitlich vorhanden.

Zwischen den Basel-Städter*innen mittleren Alters und den Pensionärinnen gibt es gerade was die kritischen Aussagen betrifft im Gegensatz zur jüngsten Generation keinen Unterschied mehr. Mehrheiten stimmen den beiden kritischen Aussagen zu. Allerdings geben die Personen der mittleren Alterskohorte leicht häufiger (wenn auch nicht mehrheitlich) an, dass sie bei einer elektronischen Teilnahmemöglichkeit häufiger partizipieren würden. In dieser Alterskohorte ist zu dem auch die Überzeugung weiter verbreitet, dass sich mit der Umstellung auf die elektronische Teilnahme Kosten sparen lassen.

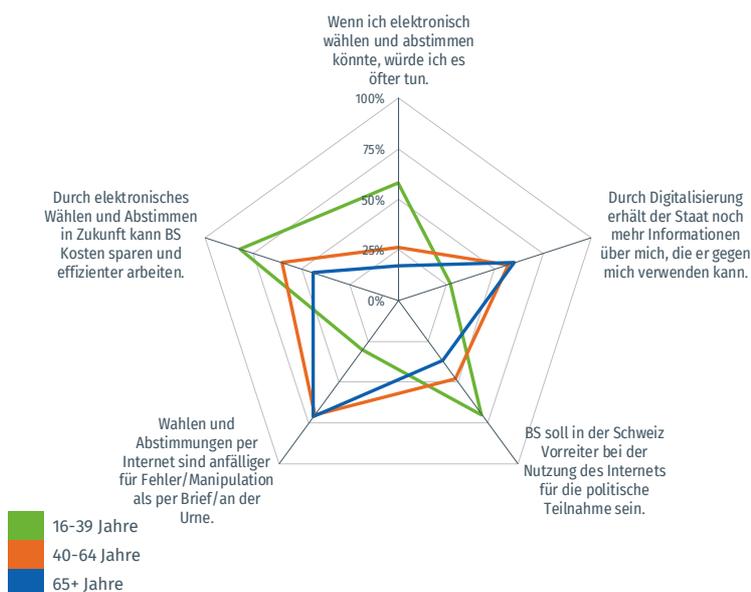
Grafik 11

Aussagen zum Thema Digitalisierung nach Alter

"Wir haben hier einige Aussagen zum Thema Digitalisierung und Politik zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie damit sehr, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, Anteil «sehr/eher einverstanden»

© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)



3.3 Vertrauen in Möglichkeiten politischer Mitbestimmung

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und Behörden ist in der Schweiz traditionell sehr hoch – gerade auch im internationalen Vergleich.³ Passend dazu ist auch das Vertrauen in die bisherigen Möglichkeiten der politischen Partizipation im Kanton Basel-Stadt äusserst hoch. Auf einer Skala von 0 (überhaupt kein Vertrauen) bis 10 (grösstes Vertrauen) erreicht die Teilnahme an der Urne einen Durchschnittswert von 8.7, die briefliche Stimmabgabe einen Wert von 8.3. Zwar bewegt sich auch die politische Mitbestimmung über das Internet mit einem Durchschnitt von 5.7 in einem positiven Bereich, liegt aber dennoch deutlich unter den beiden etablierten Formen der Partizipation. Es ist jedoch bei der digitalen Partizipation nicht so, dass die Opposition, die überhaupt kein Vertrauen hat, sehr gross wäre. Stattdessen ist der Anteil Basel-Ständer*innen, die noch keine klare polarisierte Meinung zur Frage haben, relativ gross (Werte von 3 bis 7). Gerade in dieser Gruppe ist es darum wichtig, Aufklärungsarbeit zu leisten und den Dialog über Bedürfnisse zu führen.

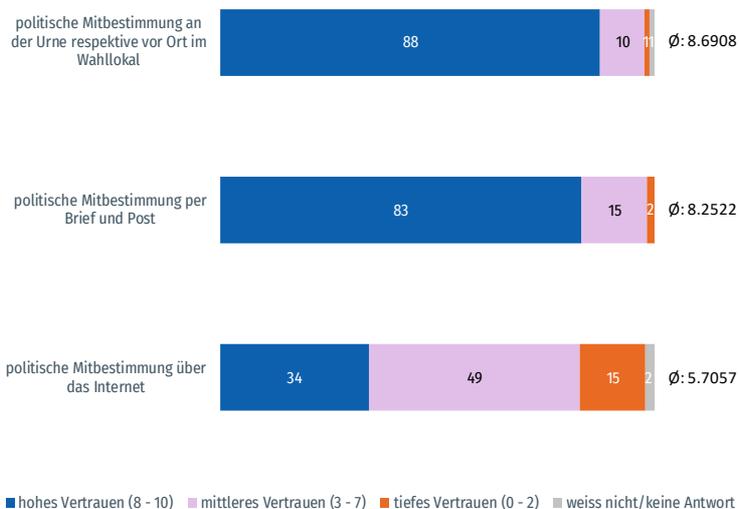
³ <https://www.weforum.org/agenda/2017/11/the-countries-with-the-most-and-least-trusted-governments/>

Grafik 12

Vertrauen Möglichkeiten politische Mitbestimmung

"Bei der politischen Mitbestimmung ist es wichtig, dass man darauf vertrauen kann, dass die eigene Stimme oder Meinung richtig gezählt wird. Wie gross ist Ihr Vertrauen bei den folgenden drei Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung? Bitte sagen Sie mir das auf einer Skala von 0 (überhaupt kein Vertrauen) bis 10 (grösstes Vertrauen)."

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)

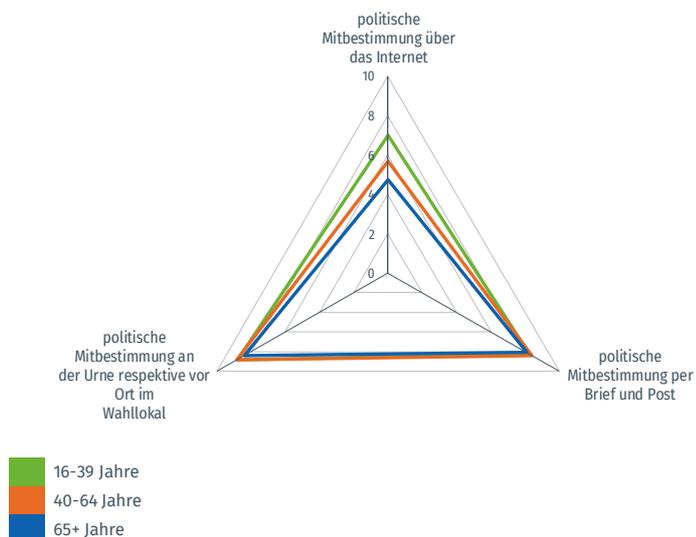
Zwischen den drei ausgewerteten Alterskohorten besteht kaum ein Unterschied, wenn es um das durchschnittliche Vertrauen in die politische Mitbestimmung an der Urne oder per Brief geht. Bei der Teilnahme über das Internet hingegen macht sich ein deutlicher Generationen-Graben bemerkbar: Die jüngste Kohorte hat klar das grösste Vertrauen, die älteste das geringste.

Grafik 13

Vertrauen Möglichkeiten politische Mitbestimmung nach Alter

"Bei der politischen Mitbestimmung ist es wichtig, dass man darauf vertrauen kann, dass die eigene Stimme oder Meinung richtig gezählt wird. Wie gross ist Ihr Vertrauen bei den folgenden drei Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung? Bitte sagen Sie mir das auf einer Skala von 0 (überhaupt kein Vertrauen) bis 10 (grösstes Vertrauen)."

in Mittelwert der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren



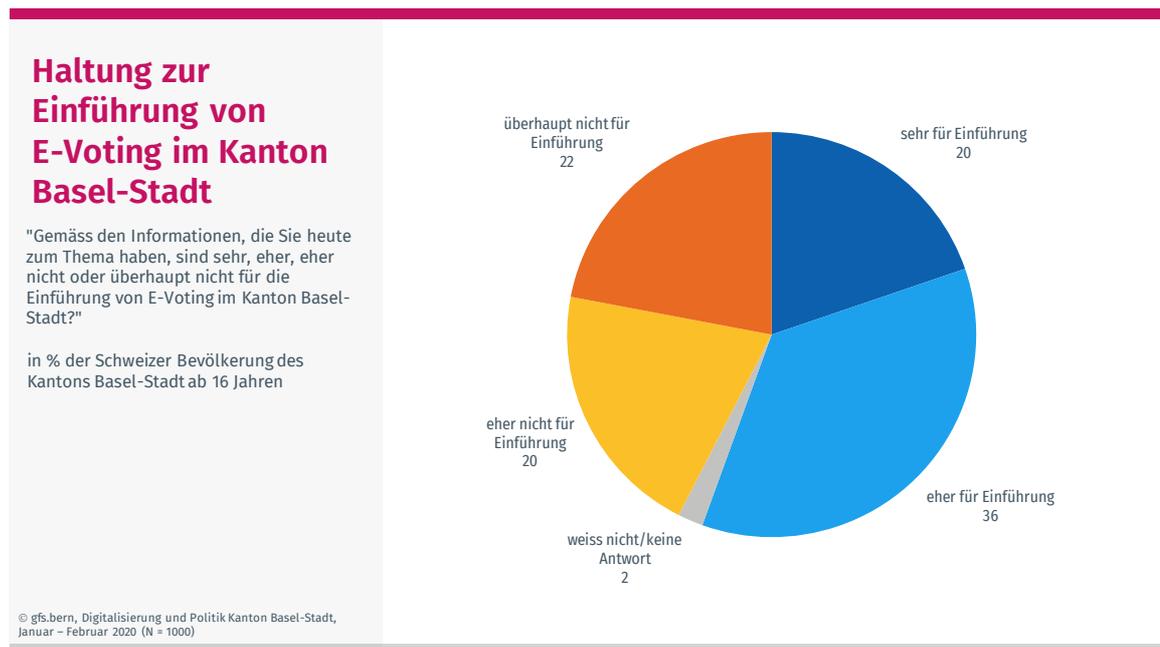
© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (N = 1000)

4 Haltungen zu E-Voting und E-Collecting

4.1 E-Voting

Eine Mehrheit von 56 Prozent der Basel-Städter*innen kann sich zum jetzigen Zeitpunkt die Einführung von E-Voting im Kanton vorstellen. Gegen eine Einführung sind im Moment 44 Prozent der Befragten. Die Ausgangslage für E-Voting ist dementsprechend eher positiv, allerdings ist die Meinung zum Thema erst bei einer Minderheit richtig gefestigt (Anteil sehr für Einführung oder überhaupt nicht für Einführung).

Grafik 14



Bei Personen, die **FÜR DIE EINFÜHRUNG VON E-VOTING** sind, werden die verbesserte Sicherheit und Schnelligkeit am häufigsten als Grund aufgeführt. An zweiter Stelle kommt die Vorstellung, dass die Möglichkeit online zu wählen und abzustimmen die Stimmbeteiligung erhöhen wird. Für viele Basel-Städter*innen, die für E-Voting sind, ist diese Form der politischen Teilhabe schlicht auch einfach zeitgemäss. Weitere Gründe sind Kosten- oder Papierersparnisse sowie mehr Bequemlichkeit.

Personen, die **GEGEN DIE EINFÜHRUNG VON E-VOTING** sind, führen vor allem Sicherheitsbedenken und mangelndes Vertrauen als Argument ins Feld. Konkret geht es dabei um die Angst vor möglichen Manipulationen beispielsweise durch Hacker oder Computerviren, um Störungen an Computern allgemein oder auch darum, dass der Datenverkehr im Internet allgemein zu wenig sicher sei. Konkret genannt wird ebenfalls die Sorge um die Wahrung des Stimmgeheimnisses. Neben Sicherheitsfragen geben gewisse Leute auch an, selber zu wenig Erfahrung mit dieser (neuen) Technologie zu haben, oder sich vor einem Kontrollverlust zu fürchten. Wenige haben zudem Bedenken bei der Kostenfrage und gehen davon aus, dass die Einführung von E-Voting zu teuer wäre.

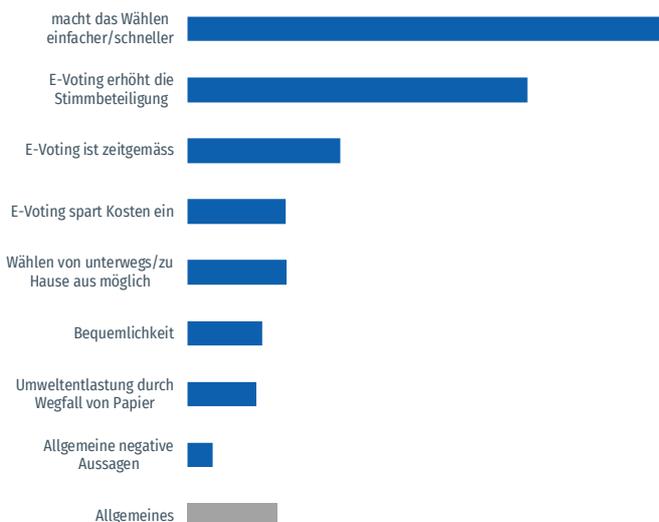
Grafik 15

Hauptgrund für Einführung E-Voting in Basel-Stadt

"Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute für die Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt sind?"

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die für die Einführung von E-Voting sind

© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 334)



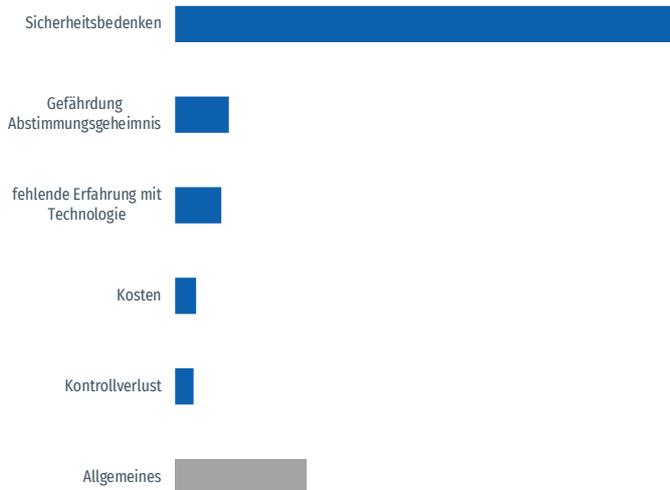
Grafik 16

Hauptgrund gegen Einführung E-Voting in Basel-Stadt

"Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute gegen die Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt sind?"

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die gegen die Einführung von E-Voting sind

© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 351)



Nicht jeder der genannten Gründe für oder gegen E-Voting findet gleich viel Anklang innerhalb der einzelnen Alterskohorten: Zwar ist das Argument, dass Wählen schneller und einfacher wird, in allen Generationen das meistgenannte – eine erhöhte Stimmbeteiligung erhoffen sich aber Basel-Städter*innen ab 40 eher als die jüngeren Befragten. Dasselbe gilt für Kostenersparnisse. Personen bis 39 Jahre haben dagegen im Vergleich häufiger die Möglichkeit des Wählens von zu Hause aus oder von unterwegs genannt.

Während jüngere Basel-Städter*innen die Gefährdung des Abstimmungsgeheimnisses leicht häufiger als ältere Personen genannt haben, haben letztere dagegen mehr Bedenken, wenn es um ihre fehlende Erfahrung mit Technologie geht.

Grafik 17

Differenzierung Gründe für/gegen E-Voting Basel-Stadt nach Alter

Hauptgrund für Einführung E-Voting

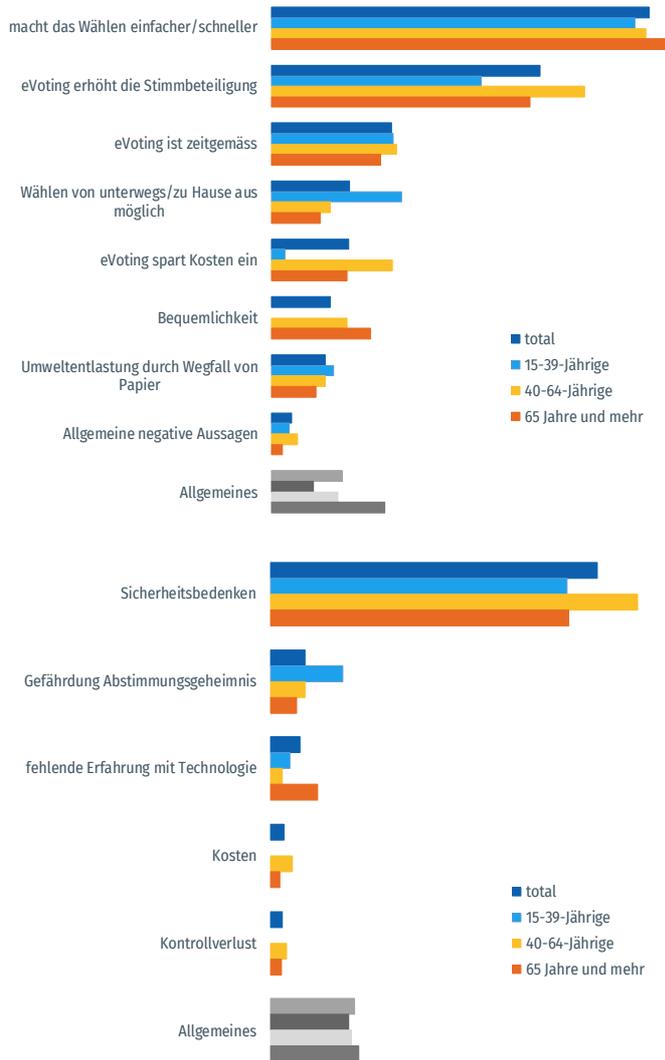
"Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute **für** die Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt sind?"

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die **für** die Einführung von E-Voting sind

Hauptgrund gegen Einführung E-Voting

"Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute **gegen** die Einführung von E-Voting im Kanton Basel-Stadt sind?"

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die **gegen** die Einführung von E-Voting sind



© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar - Februar 2020 (n = 334 für E-Voting / n = 351 gegen E-Voting)

Zwischen den Geschlechtern gibt es einige wenige Unterschiede in der Argumentation für oder gegen E-Voting: Frauen nennen die geringere Umweltbelastung durch den Wegfall von Papier deutlich häufiger als Grund für E-Voting als Männer (wenn auch auf tiefem Niveau). Dagegen haben Frauen mehr Vorbehalte als Männer, wenn es um generelle Sicherheitsbedenken oder auch die Wahrung des Stimmgeheimnisses geht.

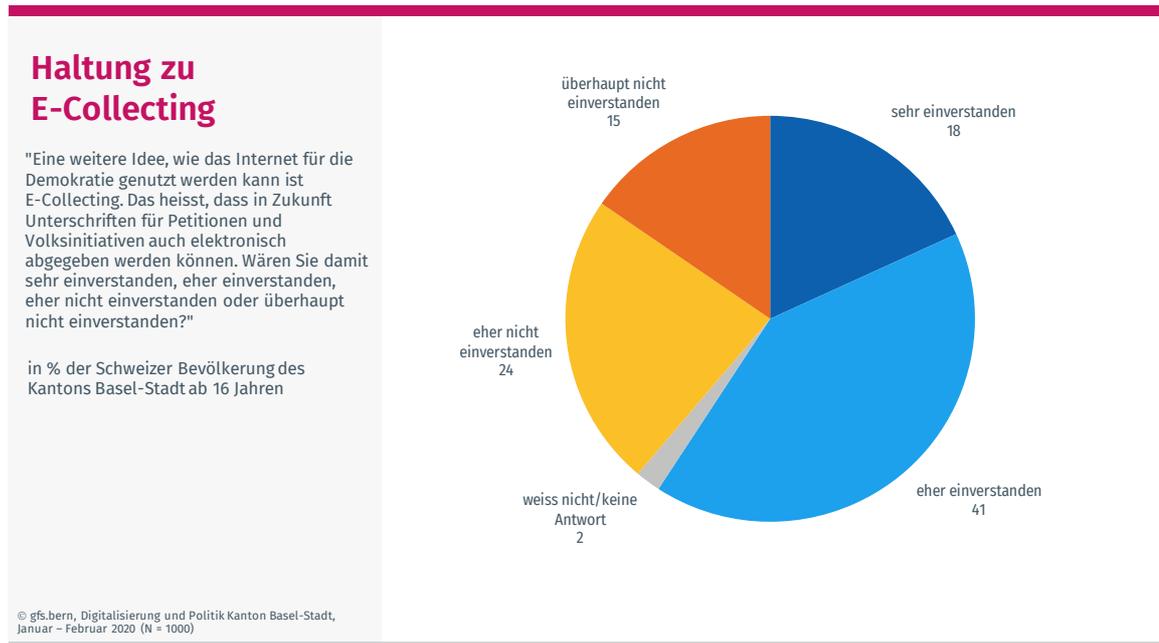
Bei der Auswertung der Antworten nach Parteizugehörigkeit muss aufgrund der geringen Fallzahlen bei einigen Parteien Vorsicht gewaltet werden lassen. In der Tendenz zeigt sich jedoch, dass Personen, die sich eher dem rechts-bürgerlichen Lager zugehörig fühlen, den Aspekt einer grösseren Bequemlichkeit durch E-Voting stärker betonen als Personen, die sich eher als links einstufen würden. Im linken Lager wird dagegen die Erwartung an eine Erhöhung der Stimmbeteiligung eher genannt. Auf der anderen Seite sind Sicherheitsbedenken bei Personen mit einer Gesinnung in der politischen Mitte oder Links (insbesondere GPS und GLP) stärker verbreitet. Gerade bei Wähler*innen der

SVP wird dagegen besonders häufig die fehlende Erfahrung mit der Technologie erwähnt.

4.2 E-Collecting

Sehr ähnlich wie beim E-Voting präsentiert sich die Lage bei der Frage des E-Collectings. Auch hier ist eine Mehrheit tendenziell für eine Einführung, das Lager der Gegner*innen ist jedoch nicht zu vernachlässigen und macht etwas mehr als einen Drittel der Befragten aus.

Grafik 18



Als spontaner Grund, weshalb die Befragten für E-Collecting sind, wird die Bequemlichkeit am häufigsten genannt und auch hier gehen offenbar viele davon aus, dass sich mehr Leute beteiligen würden, wenn sie dies online tun könnten. Effizienz, Zeitgeist und ein besseres System, das den individuellen Bedürfnissen besser entspricht, sind ebenfalls Stichworte, die spontan von den Befragten genannt werden.

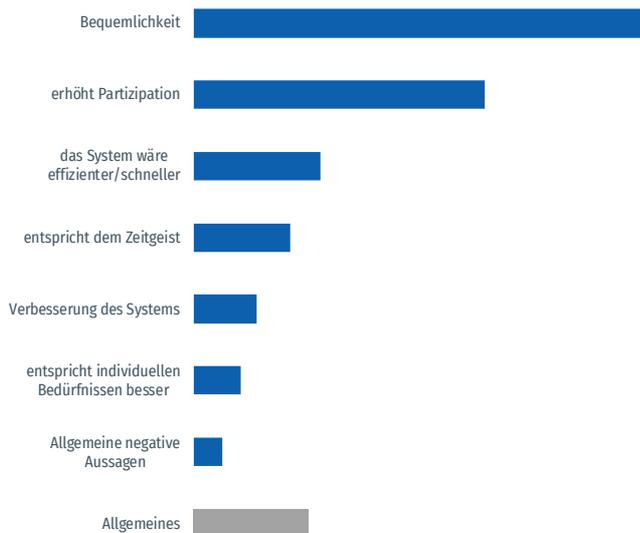
Wie auch im Zusammenhang mit E-Voting stehen bei Personen, die gegen die Nutzung des Internets zur Sammlung von Unterschriften für Referenden oder Petitionen sind, Sicherheitsbedenken diverser Natur im Vordergrund. Eine Grundkritik an der Digitalisierung schwingt dabei ebenfalls bei einigen mit. Was bei den Vorbehalten gegenüber E-Voting nicht genannt wurde, hier aber offensichtlich eine Rolle spielt, ist die Angst vor dem Verlust des persönlichen Diskurses: Wenn die Leute auf der Strasse gebeten werden, ihre Unterschrift für ein politisches Anliegen zu geben, ist das immer auch eine Gelegenheit zum Austausch und zur Debatte. Das wird von gewissen Leuten geschätzt und ein Fehlen würde aktiv bedauert.

Grafik 19

Hauptgrund für Einführung E-Collecting in Basel-Stadt

"Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute für die Einführung von E-Collecting im Kanton Basel-Stadt sind?"

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die für die Einführung von E-Collecting sind



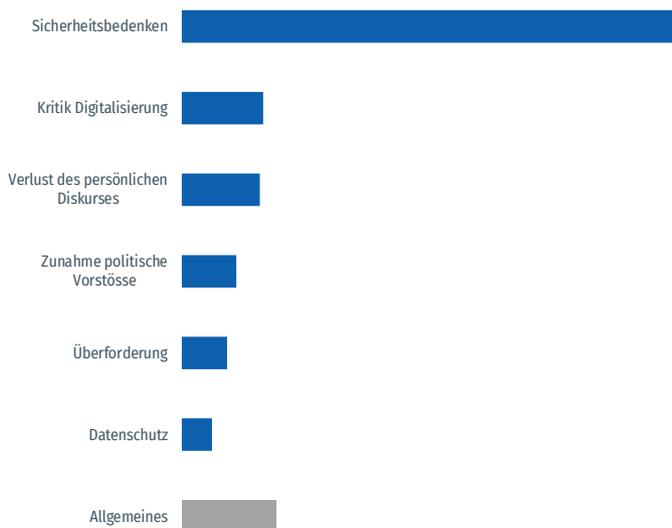
© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 367)

Grafik 20

Hauptgrund gegen Einführung E-Collecting in Basel-Stadt

"Was ist der Hauptgrund, dass Sie heute gegen die Einführung von E-Collecting im Kanton Basel-Stadt sind?"

in % der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren, die gegen die Einführung von E-Collecting sind

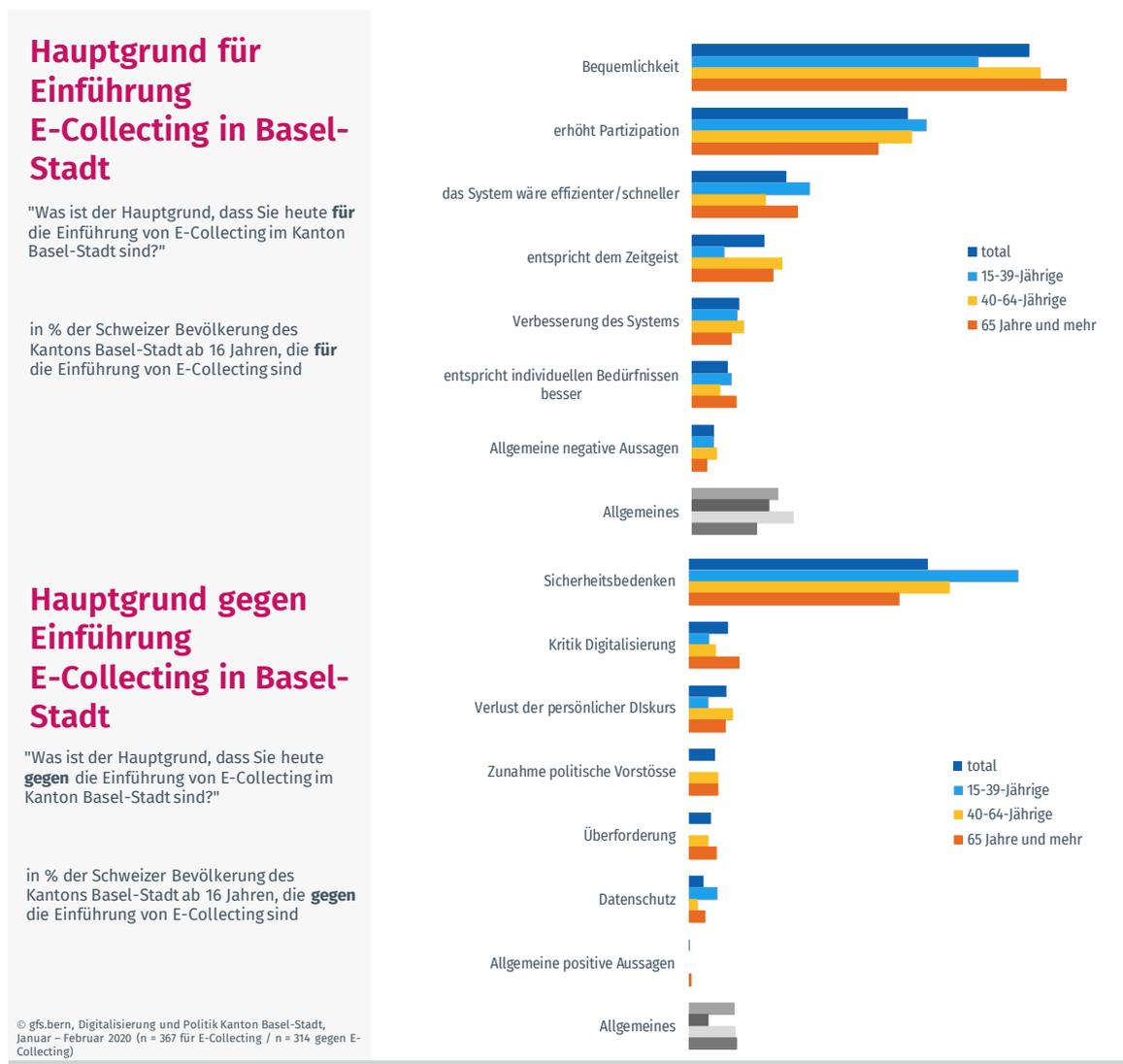


© gfs.bern, Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, Januar – Februar 2020 (n = 314)

Je älter eine Person ist, desto eher hat sie bei den Gründen für E-Collecting die Bequemlichkeit als positiven Aspekt genannt. Im Gegensatz zu E-Voting sind Junge hier in der Tendenz eher als Ältere der Meinung, dass der Einbezug des Internets die Teilnahme erhöhen würde. Zudem betonen sie Sicherheitsaspekte deutlich stärker.

Grafik 21

Differenzierung Gründe für/gegen E-Collecting Basel-Stadt nach Alter



Bei den Frauen stehen die bessere Abdeckung individueller Bedürfnisse, eine erhöhte Partizipation oder auch Bequemlichkeit als Grund für E-Collecting stärker im Vordergrund als bei Männern. Diese betonen dafür die Verbesserung des Systems eher. Dafür befürchten Männer in grösserem Ausmass eine Zunahme von politischen Vorstössen. Frauen nennen dafür Überforderung, Datenschutzbedenken oder generell eine Kritik an der Digitalisierung häufiger als Männer.

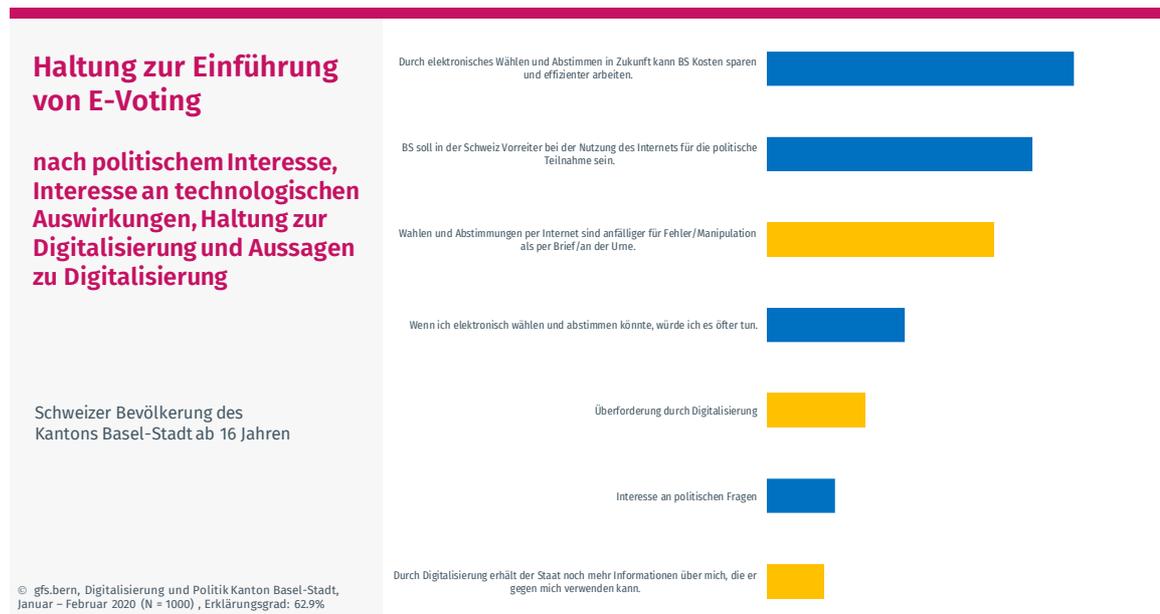
Jene Personen, die sich für E-Voting aussprechen, sind in der Regel auch für die Einführung von E-Collecting. Umgekehrt ist das etwas weniger der Fall. Von den Basel-Städter*innen, die sich eher nicht für die Einführung von E-Voting aussprechen, befürworteten 33 Prozent E-Collecting und sogar in der Gruppe derjenigen, die sich sehr klar gegen E-Voting aussprechen sind trotzdem 21 Prozent für E-Collecting.

4.3 Multivariate Analyse

In einem Regressionsmodell wurde untersucht, welche effektive Wirkung individuelle Merkmale wie das politische und technologische Interesse sowie die Haltung zur Digitalisierung auf die Meinung zu E-Voting haben.

Dabei zeigt sich, dass das Argument der Sparmöglichkeit und Effizienz nicht nur von vielen Leuten geteilt wird, sondern bei jenen, die dieser Meinung sind, auch signifikant zu einer positiven Meinung zu E-Voting beiträgt. Dasselbe gilt für die Aussage, dass der Kanton Basel-Stadt in der Schweiz eine Vorreiterrolle im Bereich Digitalisierung und Politik einnehmen soll. Das heisst, die Personen, welche die politische Zukunft der Schweiz digital sehen wollen, unterstützen E-Voting als passendes Instrument dazu. Die (wenigen) Personen, welche von sich annehmen, dank elektronischer Partizipationsmöglichkeiten häufiger an Wahlen oder Abstimmungen teilzunehmen, sind ebenfalls signifikant eher für E-Voting, als wenn dies nicht der Fall ist. Zudem gilt: Je eher eine Person an politischen Fragen interessiert ist, desto eher ist sie auch positiv gegenüber E-Voting eingestellt. Auf der anderen Seite ist es die Unsicherheit und Überforderung mit der Digitalisierung, welche die Opposition gegenüber E-Voting stark prägt. Wer in der Nutzung des Internets ein Einfallstor für Fehler und Manipulation sieht, staatliche Überwachung fürchtet oder mit der Digitalisierung generell überfordert ist, spricht sich signifikant eher gegen E-Voting aus. Bemerkenswert ist der Erklärungsgrad des gerechneten Modells. Die nun diskutierten Faktoren erklären rund 63 Prozent in der Varianz der Meinungen zu E-Voting. Das ist (für sozialwissenschaftliche Modelle) ein sehr hoher Wert. Bei Volksabstimmungen lässt sich in der Regel kurz vor der Abstimmung ein ähnlich hoher Erklärungsgrad feststellen, wenn die Hauptargumente der Kampagnen auf die Zustimmung zur Vorlage regressiert werden.

Grafik 22



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: politisches Interesse, Interesse an technologischen Auswirkungen, Haltung und Aussagen zur Digitalisierung) auf eine abhängige Variable (Haltung zur Einführung E-Voting). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer **Zustimmung (blau)** oder eher zu einer **Ablehnung (orange)** führt. Je weiter oben eine unabhängige Variable aufgeführt ist und je länger der Balken ist, desto grösser ist der Einfluss auf die Haltung zu E-Voting. Variablen, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss. Das vorhandene Modell erklärt 62.9 Prozent der Varianz in der Haltung zu E-Voting.

5 Politische Mitbestimmung in der Zukunft

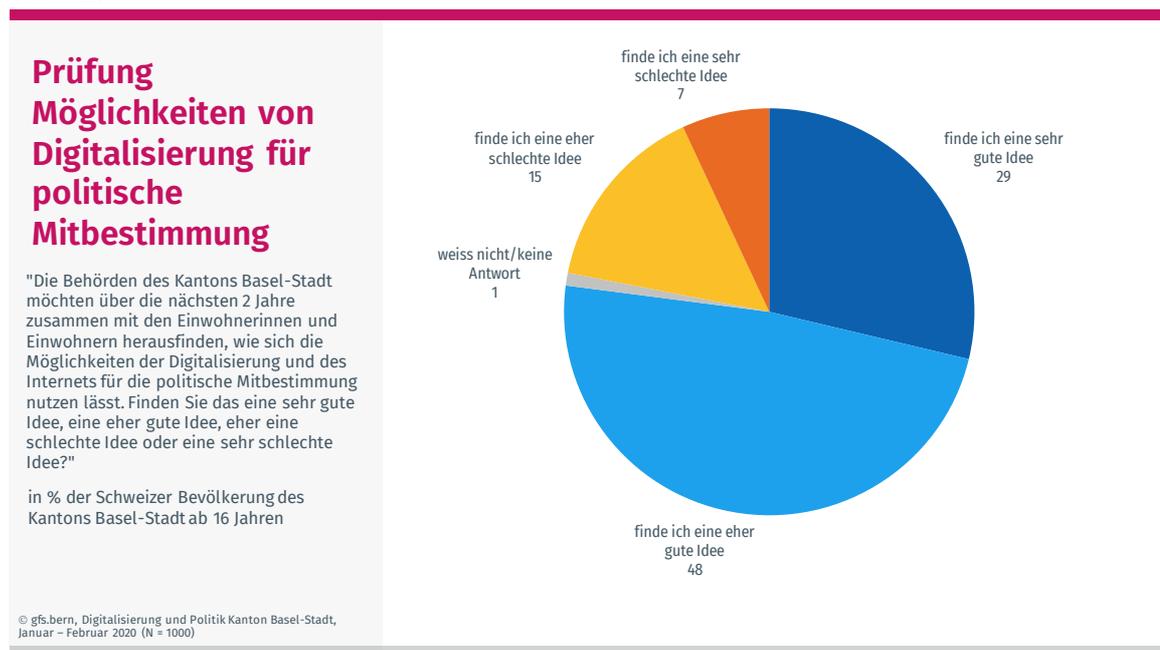
Die Bewohner*innen des Kantons Basel-Stadt sind einverstanden mit der Idee, dass der Kanton im Bereich der Digitalisierung der Politik in der Schweiz eine Pionierrolle einnimmt. Noch deutlicher ist die Zustimmung zur Idee, dass die Behörden des Kantons mit den Bewohner*innen von Basel-Stadt in den nächsten Jahren einen Prozess zur Nutzung der Digitalisierung für die Politik beginnen.



29 Prozent finden die Idee, die Möglichkeiten zur digitalen Mitbestimmung zusammen mit der Bevölkerung zu prüfen, sehr und weitere 48 Prozent eher gut. Lediglich 22 Prozent sind gegen diesen Prozess über die nächsten zwei Jahre.

Je jünger eine Person ist, desto eher ist sie dafür, dass sich der Kanton für die Prüfung der Möglichkeiten der Digitalisierung im Zusammenhang mit der politischen Mitbestimmung auch nutzt. Nimmt addiert man die Anteile "finde ich eine sehr gute Idee" und "finde ich eine eher gute Idee" sind das bei Personen unter 40 Jahren 88 Prozent, bei Basel-Städter*innen zwischen 40 und 64 Jahren 76 Prozent und bei Pensionär*innen 64 Prozent.

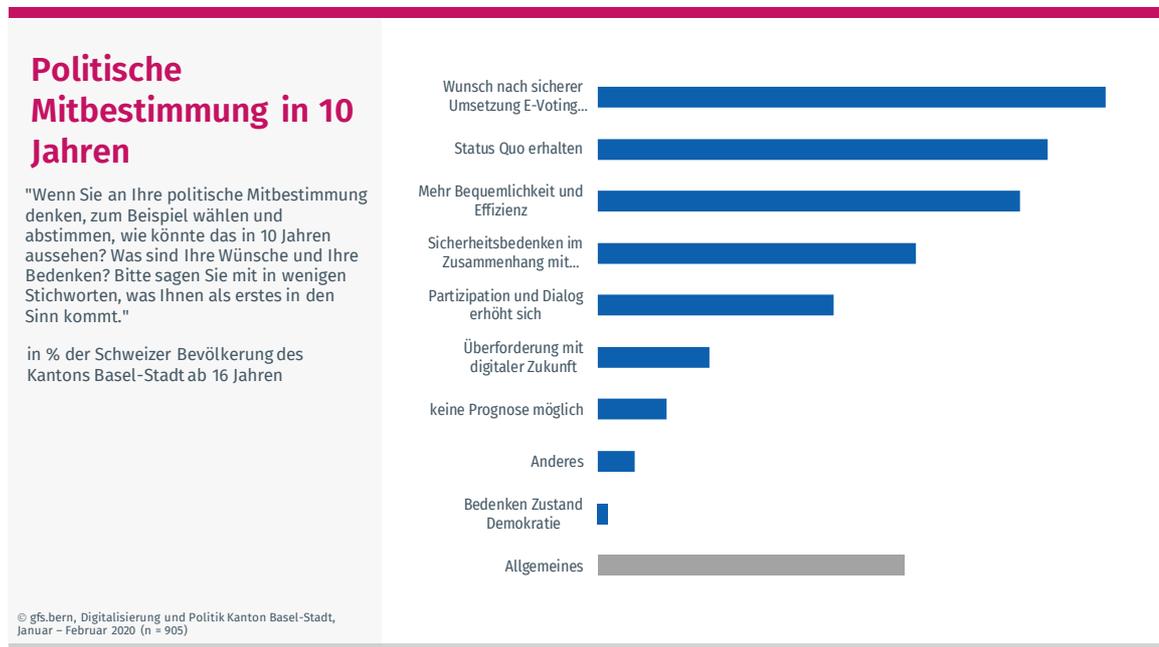
Grafik 23



Mit Bezug auf die "Politik der Zukunft" kommen von Basel-Städter*innen unterschiedlichste Inputs: Man sorgt sich um Sicherheit und wünscht sich diese in der Umsetzung von E-Voting und der Nutzung anderer digitaler Möglichkeiten für die Politik. Ein beträchtlicher Anteil der Befragten möchte am liebsten, dass sich gar nichts verändert und der Status Quo erhalten bleibt. Wie bereits in den verschiedenen Aussagen zur Digitalisierung der Politik ersichtlich wurde, scheint das Argument von mehr Bequemlichkeit und Effizienz ein zentrales zu sein. Auch das wird als Wunsch für die Zukunft von zahlreichen Leuten geäußert und steht noch vor dem Wunsch einer erhöhten Partizipation.

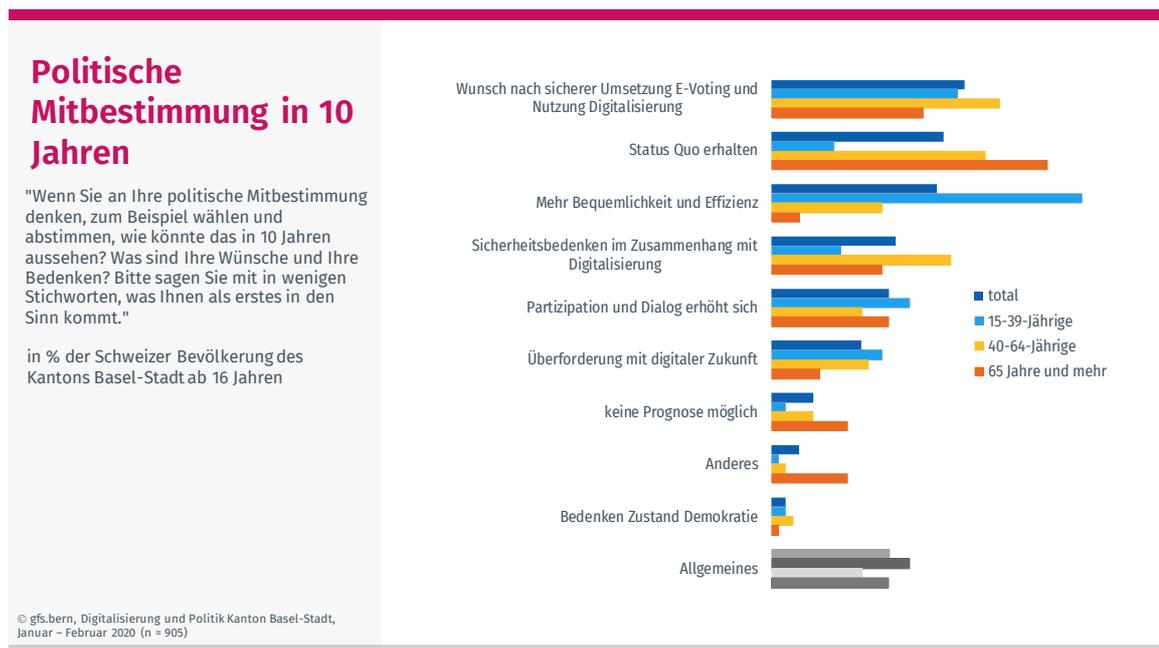
Die Auswertung der Inputs aus der Bevölkerung macht jedoch auch ersichtlich, dass einige Leute offen mit der Idee einer digitalen Zukunft überfordert sind – oder keine Prognose machen können oder möchten.

Grafik 24



Zwischen sogenannten "digital Natives" (unter 40 Jahre alt) und "digital Immigrants" (über 40 Jahre alt) besteht offensichtlich ein gewisser Unterschied, wenn es um die Politik der Zukunft geht. "digital Immigrants" sind weitaus mehr am Erhalt des Status Quo interessiert als "digital Natives". Diese wiederum wünschen sich dafür in Zukunft deutlich mehr Bequemlichkeit und Effizienz bei der politischen Mitbestimmung. Gedanken im Zusammenhang mit Sicherheit machen sich dafür primär Basel-Städter*innen mittleren Alters (40 bis 65 Jahre).

Grafik 25

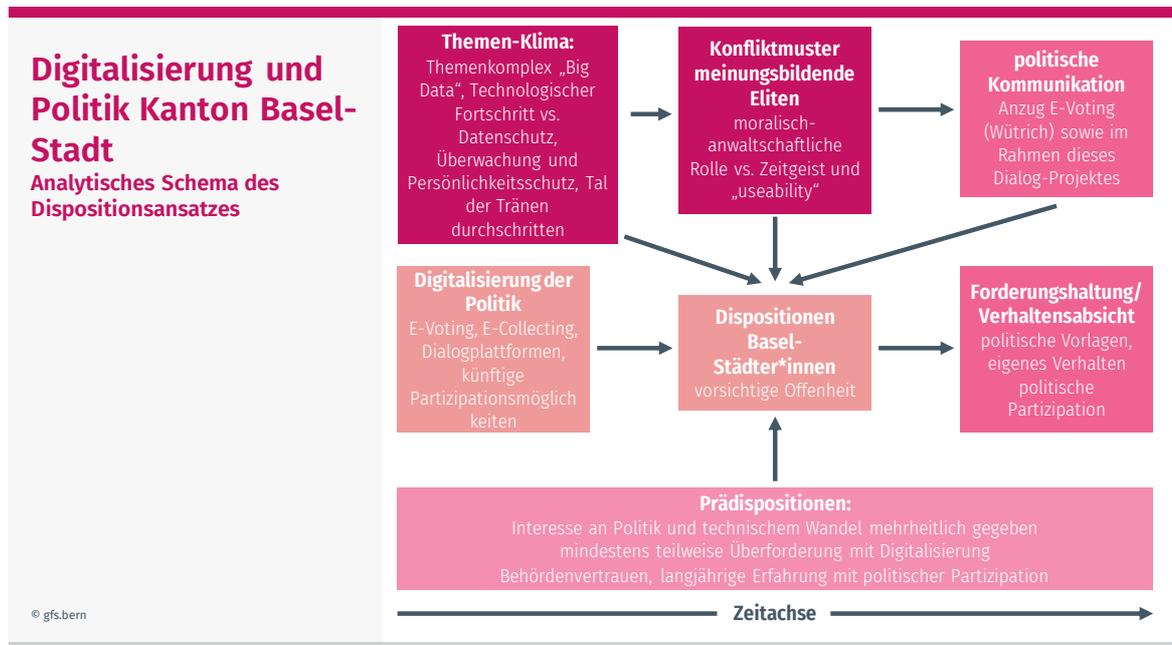


6 Synthese

Die Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren begegnet der Idee der Digitalisierung der Politik mit einer vorsichtigen Offenheit. Diese Offenheit ist unter anderem in den vorhandenen Prädispositionen der Bevölkerung verankert: Ein solides Grundinteresse an politischen Fragen wie auch an technologischen Entwicklungen ist vorhanden und dient als Fundament für die Diskussion rund um die Zukunft der politischen Partizipation. Zwar gibt es durchaus relevante Anteile der Bevölkerung, die im Zusammenhang mit der Digitalisierung auch mit Unsicherheiten zu kämpfen haben und selber eine gewisse Überforderung verspüren. Diesen Vorbehalten gilt es aktiv zu begegnen. Die Staatskanzlei kann als Initiatorin eines partizipativen Dialogs auf das in der Schweiz vergleichsweise hohe Behördenvertrauen sowie die langjährige Erfahrung aller Stimmberechtigten mit der (direkt-demokratischen) politischen Partizipation auf drei verschiedenen föderalen Ebenen bauen. Die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt begegnet der Idee einer aktiven Vorreiterrolle der Behörden im Bereich digitaler Partizipation dementsprechend auch wohlwollend. Während mit Bezug auf die Auswirkung der Digitalisierung für jedes einzelne Individuum eine gewisse Unsicherheit herrscht, überwiegt auf der gesellschaftlichen Ebene die Chancen-Sicht.

Seitens des thematischen Klimas kollidiert der Themenkomplex rund um das Trendwort "Big Data" sowie die sich eröffnenden Möglichkeiten neuer Technologien mit den sich ergebenden Herausforderungen im Bereich Daten- und Persönlichkeitsschutz. Diese beiden medialen und gesellschaftlichen Diskussionsarenen hinterlassen auch bei den Befragten ihre Spuren, was sich insbesondere auch in den Antworten der offenen Fragen niederschlägt.

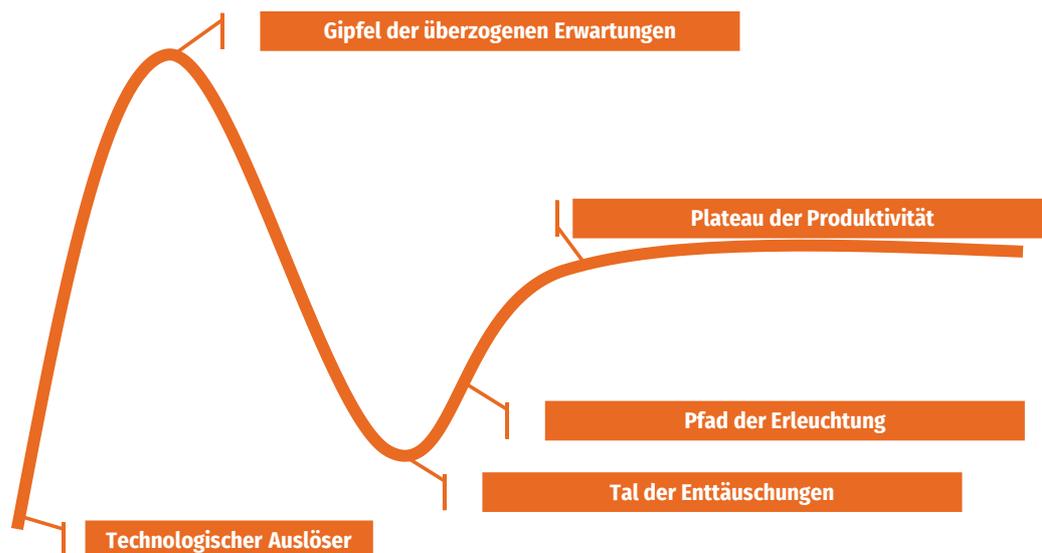
Grafik 26



Die Dynamik der Meinungsbildung bei (neuen) Technologien folgt einem Muster, das gemeinhin als "Gartner Hype-Zyklus" beschrieben wird: Zu Beginn der Einführung einer neuen Technologie sind die Erwartungen riesig und überzogen, nur um unmittelbar

danach aufgrund nicht (sofort) eingelöster Versprechen in einem sogenannten "Tal der Tränen" zu landen. Erst wenn dieses Tief durchstanden ist, kann eine neue Technologie sukzessive und sinnvoll implementiert werden (positiver Pragmatismus). Der tiefste Punkt des Tals der Tränen dürfte insbesondere im Bereich der beiden bekanntesten Instrumente der digitalen Politik (E-Voting und E-Collecting) in der Schweiz bereits durchschritten sein. Von einem klaren Pfad des positiven Pragmatismus ist man aber ebenfalls noch entfernt, was bedeutet, dass die Meinung der Bevölkerung noch relativ volatil sein dürfte.

Grafik 27



© gfs.bern, Quelle: Gartner-Hype-Zyklus

4

Es braucht dementsprechend noch viel Aufklärungsarbeit, um den breit verankerten Sicherheitsbedenken zu begegnen. Im Vergleich zu den altbewährten Methoden der politischen Teilnahme fällt das Vertrauen ins Internet klar ab. E-Voting ist aber dennoch ein fester Bestandteil der Überlegungen in der Bevölkerung, wenn es um die Zukunft der Politik geht: Wer sich grundsätzlich mit einer Digitalisierung der Politik anfreunden kann, ist in der Tendenz auch für die Einführung von E-Voting. Das beste Argument für die Nutzung des Internets für die Politik betont dabei die Möglichkeit für Kostenersparnisse und Effizienzgewinne.

Die systematische Untersuchung der Meinungsbildung im Rahmen von Nachabstimmungsanalysen (z.B. VOX-Analyse) zeigt, dass die traditionellen Medien- und Meinungsbildungskanäle gerade bei politischen Themen ihre hohe Wichtigkeit weiterhin behalten. Das gilt es neben der Kommunikation über neue Kanäle (insbesondere Social Media) unbedingt zu beachten. In den nächsten Jahren wird der politische Diskurs somit auf allen Kanälen stattfinden – "nebeneinander" statt "anstelle" ist hier die Losung. Das gilt es auch bei einem Dialogangebot an die Basel-Städter*innen zu bedenken.

7 Anhang

7.1 Mandat und Fragestellung

Im Rahmen einer Befragung der Schweizer Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt ab 16 Jahren wurden die Haltungen, Bedürfnisse und Visionen zur Digitalisierung der Politik in Basel-Stadt erhoben. Kern der Befragung bildeten Fragen zur Einschätzung der Auswirkung der Digitalisierung auf die Politik sowie zur Nutzungsbereitschaft digitaler Möglichkeiten in verschiedenen Lebens- und Gesellschaftsbereichen. Befragt wurde auch die Haltung zu E-Voting und E-Collecting sowie die generellen Bedürfnisse, die an den Kanton in dieser Frage gestellt werden.

Für die vorliegende Studie wurden zwischen dem 3. Februar und 2. März 2020 1000 Einwohner*innen des Kantons Basel-Stadt (mit Schweizer Pass und ab 16 Jahren) telefonisch (CATI, Festnetz) befragt. Über die Eckwerte der Befragung gibt die untenstehende Tabelle Auskunft:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Staatskanzlei Kanton Basel-Stadt
Grundgesamtheit	Schweizer*innen, die im Kanton Basel-Stadt leben und mindestens 16 Jahre alt sind
Befragungsgebiet	Kanton Basel-Stadt
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI), RDD
Art der Stichprobenziehung	Random Quota Geburtstagsmethode im Haushalt
Befragungszeitraum	3. Februar – 2. März 2020
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 1000
Stichprobenfehler	±3.1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Gewichtung	Alter/Geschlecht interlocked, Designgewichtung nach Parteiaffinitäten

©gfs.bern, Befragung Digitalisierung und Politik Kanton Basel-Stadt, März 2020

Die statistischen Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1000	±3.1 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 500	±4.4 Prozentpunkte	±3.5 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.1 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst, man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

7.2 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent an der Kalaidos Fachhochschule und der ZHAW

✉ urs.bieri@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

CLOÉ JANS

Leiterin operatives Geschäft, Politikwissenschaftlerin

✉ cloe.jans@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Image- und Reputationsanalysen, Jugend- und Gesellschaftsforschung, Abstimmungen / Kampagnen / Wahlen, Issue Monitoring / Begleitforschung politische Themen, Medienanalysen, Gesundheitspolitische Reformen und Fragen, Qualitative Methoden



THOMAS BURGUNDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

✉ thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

